Zeitschrift: Wechselwirkung : Technik Naturwissenschaft Gesellschaft
Herausgeber: Wechselwirkung
Band: 5 (1983)
Heft: 18

Artikel: Der Mainzer Appell
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-653200

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

„VERANTWORTUNG FÜR DEN FRIEDEN"

Naturwissenschaftler warnen vor neuer Atomrüstung

Kongreß am 2./3. Juli 1983 in Mainz, Universität

Der Mainzer Appell

In diesem Jahr steht die Welt vor einer folgenschweren Entscheidung, die eine neue Stufe des Wettrüstens einleiten könnte. Mit vielen Kollegen aus dem In- und Ausland haben wir uns versammelt, um warnend unsere Stimme gegen Waffen zu erheben, die auf der Grundlage naturwissenschaftlicher Erkenntnisse entwickelt wurden, und über deren Gefahren Naturwissenschaftler daher am besten Auskunft geben können.
Der Kongreß in Mainz, an dem über 3300 Naturwissenschaftler aus dem In- und Ausland teilnahmen, hat in den Einzelvorträgen und Diskussionsveranstaltungen gezeigt:

- Ein künftiger Atomkrieg, der Europa und besonders unser Land träfe, wäre mit früheren Kriegen nicht mehr zu vergleichen. Was verteidigt werden sollte, würde unwiderruflich zerstört. Vor allem Zivilisten hätten so gut wie keine Chance, den Krieg und die Nachkriegszeit zu überleben.
- Die technische Entwicklung insbesondere der Mikroelektronik hat die Qualität von Waffen in den letzten Jahren drastisch verändert. Raketen wie die neuen US-Mittelstreckenraketen sind so zielgenau, daß sie den Charakter von Erstschlagwaffen erhalten, mit denen man gegnerische Kommando- und Kontrollzentren sowie Raketensilos fast sicher vernichten kann. Darüber hinaus werden große Anstrengungen unternommen, den Weltraum militärisch zu nutzen. Diese Entwicklungen vergrößern die Gefahr eines Atomkrieges beträchtlich, nicht zuletzt durch die Möglichkeit der Auslösung eines Krieges durch einen Fehler der Frühwarnsysteme, der wegen der kurzen Flugzeit von wenigen Minuten nicht mehr korrigiert werden kann. Auch wenn die Wahrscheinlichkeit eines erfolgreichen Erstschlages zur Zeit gering ist, führt diese Entwicklung zu einer Destabilisierung des ohnehin fragwürdigen Abschreckungsgleichgewichtes.
- Das simple Streben nach Gleichgewicht und Symmetrie der Potentiale reicht nicht aus, um den Frieden auch in Zukunft zu sichern. Die Fortsetzung des gleichgewichtsorientierten Wettrüstens würde aller Wahrscheinlichkeit nach genau in einen militärischen Konflikt hineinführen. Wir brauchen eine nüchterne, nicht durch Polemik und wechselseitige Schuldzuweisungen überfrachtete Analyse dieser Gefahren sowie eine konzeptionelle Weiterentwicklung der gegenwärtig praktizierten Sicherheitspolitik. Weder darf das Wettrüsten fortgesetzt, noch kann die Sicherstellung einer angemessenen Verteidigungsbereitschaft preisgegeben werden. Ein Weg, diese beiden Forderungen miteinander zu verbinden, führt über eine Umrüstung. Dann, und nur dann, wenn die eigene Verteidigungsbereitschaft mit Mitteln sichergestellt wird, welche den potentiellen Gegner nicht ihrerseits nochmals aktiv bedrohen, kann es dauerhafte Stabilität und Sicherheit ohne Wettrüsten geben.

Die bisherige Rüstungskontrollpolitik ist deshalb gescheitert, weil es grundsätzlich unmöglich ist, aus der Phase des aggressiven Wettrüstens unmittelbar zur Abrüstung überzugehen. Bei Waffen, die sich nicht nur für die Verteidigung, sondern auch für den Angriff eignen, überlappen sich die Sicherheitsansprüche beider Seiten, und es kann deshalb keinen Zustand geben, der von beiden Seiten gleichzeitig als hinreichend „sicher" empfunden wird. Die großen Fortschritte in der Mikroelektronik bieten uns heute jedoch zwei Optionen: Entweder können wir fortfahren, den Nuklearkrieg „führbar" zu machen, und würden deshalb aller Wahrscheinlichkeit nach auch in ihn hineingezogen. Oder wir können die historisch vielleicht einmalige Chance für eine beidseitige, die Stabilität erhöhende Umrüstung auf eine „strukturelle Nichtangriffsfähigkeit" nutzen. Um aber den zweiten Weg zu beschreiten, bedarf es einer politischen Grundsatzentscheidung. Unter dem Leitmotiv „Durch Umrüstung zur Abrüstung" muß ein Neuanfang in der Rüstungskontrollpolitik gemacht werden.

- Ein umfassendes Abkommen über einen vollständigen und kontrollierten Entwicklungs-, Test und Produktionsstopp atomarer Waffen ist ein notwendiger erster Schritt zur Beendigung des Wettrüstens. Ein Verbot unterirdischer Atomwaffentests und damit eine wesentliche Einschränkung der Entwicklung neuer Kernwaffen scheitert nicht an technischen Fragen, die gelöst sind. Für noch notwendige Ortsinspektionen bietet sich eine Kompromißmöglichkeit an. Für den sofortigen Abschluß eines Vertrages bedarf es nur noch des politischen Willens.
- Der atomare und der konventionelle Rüstungswettlauf ist dabei, die Weltwirtschaft durch Vergeudung geistiger und materieller Ressourcen zugrunde zu richten, die Entwicklung der Dritten und der Vierten Welt dauerhaft zu verhindern und damit die friedliche Zusammenarbeit der Nationen auf dem Weg in die Zukunft zu beeinträchtigen. Die Fortsetzung des Rüstungswettlaufes führt die Welt einer ökonomischen und ökologischen Katastrophe näher. Intensive weltweite Abrüstung ist eine Voraussetzung für die Überwindung der Unterentwicklung.
- Als Bürger eines demokratischen Staates sind wir alle aufgerufen, uns an den politischen Entscheidungsprozessen unserer Gesellschaft zu beteiligen. Naturwissenschaftler tragen eine besondere Verantwortung, weil einige ihr Expertenwissen zur Herstellung von Massenvernichtungsmitteln mißbrauchen ließen und andere dazu geschwiegen haben. Wir haben die Pflicht, über die Grenzen des Mißbrauchs von Naturkräften nachzudenken und ihm mit Entschiedenheit entgegenzutreten.

*

Wir, wie zahlreiche Wissenschaftler und ihre Organisationen aus aller Welt, appellieren an die Verantwortlichen in Ost und West: Laßt uns umkehren, bevor es zu spät ist! In dieser unserer existenzbedrohenden Situation fordern wir, wie viele uns freundschaftlich verbundene Kollegen aus den USA, von den Regierungen aller Nuklearmächte das sofortige Einfrieren der atomaren Rüstung in Ost und West.
Für unser Land bedeutet das den Verzicht auf die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles. Wir fordern deshalb die Bundesregierung auf, die Stationierung dieser Waffen nicht zuzulassen. Nur so kann ein Klima des Vertrauens geschaffen und die notwendige Zeit für Verhandlungen zwischen den Großmächten gewonnen werden, um zunächst eine drastische Verminderung der Atomwaffen in Ost und West, so auch der SS 20, und schließlich eine umfassende Abrüstung zu erreichen.
Mit Millionen unserer Mitbürger wissen wir uns einig in dieser Forderung. Über vier Millionen Bürger unterzeichneten den Krefelder Appell, 1,8 Millionen Mitglieder des Deutschen Gewerkschaftsbundes unterzeichneten den DGB-Appell „Frieden durch Abrüstung", die Kirchen erhoben warnend ihre Stimme gegen das Wettrüsten, und viele Berufsgruppen wandten sich an die Öffentlichkeit und insbesondere an die Politiker mit der dringenden Forderung, die weitere Eskalation der atomaren Rüstung zu verhindern.
Viele stehen in dieser für unsere Zukunft und die unserer Nachkommen entscheidenden Situation nicht abseits. Wir verpflichten uns, über die politischen, militärischen und technischen Voraussetzungen der Erhaltung und Sicherung des Friedens weiter nachzudenken und aufzuklären. Wir bitten alle Wissenschaftler, persönlich mit ihren Kenntnissen und Einsichten zu einer aufklärenden und sachlichen Diskussion beizutragen und das Gespräch über traditionelle Grenzen hinweg zu führen.

Mainz, den 3. Juli 1983